

**Shimon Stein,
Scharons „Realpolitik“. Der Rückzug aus Gaza**

Das hätte ich mir früher nie vorstellen können: bei sommerlichen Temperaturen, fast nahöstlichen Temperaturen, in Erfurt, in einer Kirche, an einem Nachmittag über den Nahen Osten zu sprechen. Für mich ist das schon ein Erlebnis.

Ich möchte mich nicht hinter Floskeln verbergen. Das bringt gar nichts, erst recht, wenn man versucht, etwas über die Gegend, wo ich und meine Familie seit 57 Jahren leben, zu sagen. Gestatten Sie mir zunächst eine Bemerkung im Hinblick auf die Einladung, die ich von Ihnen bekommen habe. Die ist schon aufschlussreich: zunächst geben Sie eine offene Zusage und dann den Hinweis, dass manche, die heute Nachmittag in diesem Raum sind, kein rein akademisches Publikum darstellen, sondern dass die Vorlesung stadttöffentlich gehalten wird. Vorkenntnisse der Zuhörer könne ich nur eingeschränkt voraussetzen. Ich freue mich über diesen Hinweis. Manchmal habe ich nämlich den Eindruck, dass 99% von denen, die im Raum sind, bereits Experten sind, die uns vorschreiben wollen, wie wir den Konflikt zu lösen haben. Nur wenige geben zu, dass sie auch manchmal einen Mangel an Kenntnissen und Informationen haben. Da ich nun schon vier Jahre in Deutschland bin, muss ich sagen, ich habe schon einiges hinter mir. Ich gebe offen zu, dass ich kein wissenschaftlicher Experte bin, sondern Betroffener, der in dieser Region lebt. Meine Fachkenntnisse im akademischen Bereich liegen woanders – in Europa, in der europäischen Integration. Ich versuche lediglich etwas von der Tragödie, die uns seit 57 Jahren begleitet, verständlicher zu machen. Dabei schicke ich voraus, dass wir heute Nachmittag den israelisch-palästinensischen Konflikt in diesem Raum nicht lösen werden. Und ich sage noch etwas voraus, was weder mit Optimismus noch mit Pessimismus zu tun hat, sondern mit realistischer Einsicht: der israelisch-palästinensische oder, um es etwas zu erweitern, der arabisch-israelische Konflikt ist aus meiner Perspektive momentan für eine Beilegung nicht reif. Ich hoffe, dass das vielleicht in 10 oder 20 Jahren der Fall sein wird. Seien Sie nicht ungeduldig. Ich habe manchmal in Deutschland das Gefühl, als ob man unmittelbar von meinem Leiden betroffen wäre. Das ist für Sie ein außenpolitisches Thema, begleitet von Emotionen. Für diese emotionellen Betroffenheit und die Eindringlichkeit, mit dem man aufgefordert wird, diesen Konflikt zu lösen, gibt es zahlreiche Gründe. Das gehört jedoch zum Thema Psychologie, das gehört zum Thema deutsch-jüdische Beziehungen mit Blick auf die traurige Vergangenheit, die uns in einer tragischen Art und Weise verbindet. Deshalb sage ich als Betroffener, der in Israel seit 57 Jahren lebt - meine Kinder sind 22 und 28 Jahre: wir werden mit der Situation noch jahrelang leben müssen. In den internationalen Beziehungen gibt es den Begriff der „Reife“. Manchmal brauchen Prozesse eine gewisse Reife, bevor sie endlich beigelegt werden können. Sei es durch Krieg, wo es am Ende einen klaren Sieger und einen klaren Besiegten gibt. Sei es, dass sie zermüht sind und zum Schluss kommen, dass ein Kompromiss gefunden werden muss. Wir haben schon ein paar Kriege hinter uns, die trotz alledem nicht zur Beilegung des Konflikts geführt haben. Wir haben auch mit Terror zu tun. Leider begleitet uns der Terror nicht erst seit der Entstehung, sondern auch in der Vorphase der Gründung des Staates Israel. Seitdem während der 20er Jahre Juden nach Palästina kamen, hatten wir es mit Terror zu tun. Das ist in der Gegend auch keine Neuigkeit. Aber ich bin der Ansicht, dass der Konflikt momentan nicht lösbar ist, da die Lage noch nicht reif ist. Manche glauben, dass sie noch etwas erreichen können, mit kriegerischen Mitteln oder mit dem, was heute als asymmetrischer Krieg bekannt ist bzw. mit Terror, der Zivilisten als erstes Ziel betrachtet. Sie glauben, mit diesen nicht friedlichen Mitteln an ihr Ziel zu gelangen. Was aber kann man heute erreichen? Die Welt hat sich durch den

Zusammenbruch des Sowjetkommunismus und dann nach dem 11. September geändert. Der israelische Konflikt, so behaupte ich, gehört seither nicht mehr zu den Dreh- und Angelpunkten der Welt bzw. er ist ein regionales Problem. Was wir und die Palästinenser momentan führen, hat Einfluss auf uns und die Palästinenser, und potentiell könnte es auch Einfluss haben auf Ägypten, aber es hat keinen Einfluss auf die Entwicklung im Iran, es hat keinen Einfluss auf die Entwicklung in Saudi-Arabien, es hat auch, so behaupte ich, keinen Einfluss auf die Lage im Irak. Er ist heute ein Konflikt in einer ganzen Reihe von Konflikten, die eine gewisse Auswirkung auf die langfristige Stabilität der Region haben könnten. Er bewegt aber nicht mehr die Weltgeschichte wie zu Zeiten des Kalten Krieges, als die Sowjetunion und die Amerikaner im Nahen Osten versucht haben, ihre Interessen geltend zu machen. Jeder hatte seine Zone, in der er seine eigenen Klienten hatte. Beide wollten ja nicht gegeneinander einen nuklearen Krieg führen. Im Jahr 1973, als es zum Jom-Kippur-Krieg kam, bestand die Gefahr eines Weltkriegs, einer Auseinandersetzung zwischen den beiden Supermächten. Aber heute sind die Amerikaner die einzige Supermacht. Die Europäer wollen eines Tages auch zu einer Macht werden, aber davon sind sie noch weit entfernt. Und gerade jetzt in der gegenwärtigen Krise der Europäischen Union wünsche ich Europa viel Glück. Wenn ich mir etwas für den Nahen Osten wünsche, ist es genau das, was es in Europa seit Ende des Zweiten Weltkrieges und für Sie im Osten seit dem Jahre 1990 gibt: eine friedliche Weltregion. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren die Völker Europas am Boden, und sie hatten das Glück, dass ein paar große Staatsmänner - die uns heute fehlen - zur Einsicht gekommen sind, mit Krieg gar nichts erreicht zu haben bzw. nur viel Tragisches.

Der Weg zu einer neuen Ordnung führt über die Wirtschaft und dann über die politische Integration. Die Erfolge sind zu sehen. Seien Sie nicht kleinmütig. Seit Ende der 40er Jahre findet in Westeuropa und jüngst in Ost- und Zentraleuropa ein einmaliges Experiment statt, bei dem Staaten versuchen, ihre Interessen mit friedlichen Mitteln auszugleichen, und alle wollen daran teilnehmen. Der Anreiz, Mitglied in dieser Union zu werden, ist groß. Alle wollen sich anschließen, einschließlich Israel. Und eines Tages, wenn es zu einem palästinensischen Staat kommt, dieser auch. Ich glaube, das ist ein großes Vorbild für uns alle.

Wie gesagt: Der israelische Konflikt bedroht nicht mehr die Welt, er bedroht nur unsere Zukunft und auch die Zukunft der Palästinenser, und vielleicht könnte er übergreifen nach Ägypten und Jordanien. Die Region geht durch eine Phase, deren Ende ich noch nicht vorhersehen kann. Was wird am Ende dieser Übergangsphase sein mit dieser Region? Schon die Region als solche kann ich nicht vorhersehen. Nach zweitausend Jahren haben wir endlich einen Staat, wo wir Juden uns entfalten können ohne Antisemitismus, in einer Region, in der Krieg immer noch ein legitimes Mittel ist, um zu politischen Veränderungen zu kommen, wo Terror leider zum Alltag gehört; eine Region, die seit 57 Jahren, seit Gründung des Staates Israel, noch nicht bereit ist, das Existenzrecht, die Legitimität eines jüdischen Staates zur Kenntnis zu nehmen. Man kann nicht behaupten, dass der Dreh- und Angelpunkt für die Beilegung des israelisch-palästinensischen, des israelisch-arabischen Konfliktes erst dann entstanden ist, als Israel angefangen hat, die Siedlungen in der Westbank und im Gazastreifen aufzubauen. Die ersten Siedlungen entstanden im Jahre 1967 nach dem Sechs-Tage-Krieg. Leider kam es danach zu noch einem Krieg. Aber der Staat Israel ist seit 1948 ein unabhängiger Staat. Zwischen 1948, nach dem Unabhängigkeitskrieg, bis 1967 hatten wir weder Westbank noch Gaza unter unserer Kontrolle. Die Westbank war von Jordanien annektiert und nur von zwei Staaten auf der ganzen Welt anerkannt. Der Gaza-Streifen wurde von Ägypten kontrolliert, und das kleine Israel hatte die so genannte 67iger-Linie, es gab keine Grenze. Auch wenn alle über die „67iger-Grenze“ sprechen, es gibt keine Grenze. Um eine Grenze zu haben, muss man einen Partner haben, mit dem man über den Verlauf einer Grenze verhandelt. Was wir haben,

ist eine Waffenstillstandslinie, die als Folge von Verhandlungen eines Tages zu einer Grenze werden könnte. Israel hat heute zwei anerkannte und eine „halbe“ anerkannte Grenze. Die anerkannte Grenze verläuft zwischen Israel und Ägypten nach dem Friedensvertrag mit Ägypten. Die zweite, die folgte, ist zwischen Israel und Jordanien, und die „halbe“ Grenze ist zwischen uns und dem Libanon. Israel hat sich im Jahre 2000 einseitig aus dem Libanon zurückgezogen auf eine Linie, die von den Vereinten Nationen und dem Weltsicherheitsrat als die hoffentlich zukünftige Grenze zwischen Israel und dem Libanon eines Tages festgelegt wird. Das ist erst dann möglich, wenn die Libanesen bereit sind, mit uns über einen Friedensvertrag zu verhandeln. Soweit ist der Libanon leider nicht. Unabhängig davon, ob die Libanesen heute keinen Anspruch erheben, haben weder Israel noch der Libanon ein territoriales Problem zu lösen. Wir haben uns völlig zurückgezogen, und ausnahmsweise haben die Vereinten Nationen und der Weltsicherheitsrat den israelischen Rückzug anerkannt und bestätigt, dass sich Israel völlig aus dem Libanon zurückgezogen hat. Zwischen uns und den Palästinensern gibt es noch keine Grenze. Es wird zu einer Grenze kommen, wenn wir mit den Palästinensern eines Tages über Grenzen, über Jerusalem, über das Flüchtlingsproblem und dann auch über Sicherheitsvorkehrungen ins Gespräch kommen. Aber weil kein palästinensischer Staat existiert, gibt es auch keine Grenzen. Wir werden immer wieder aufgefordert, uns zur 67iger-Grenze zurückzuziehen. Das ist ein Wunschdenken. Einer der großen Außenminister Israels, Abba Eban, hat die 67iger-Grenze aus der Sicht Israels beschrieben, weil diese Grenze keine Grenze ist, die zu verteidigen ist, sondern von Nataniya, in dem vor dem 67iger-Krieg Jordanien Souverän war, 15 km entfernt liegt. Wenn man uns eines Tages überraschen sollte mit einem Angriff wie im Jahr 1973, dann kann man das kleine Land Israel einfach in zwei Länder aufteilen, diese 15 km zwischen Grenze und Meer. Glauben Sie, dass eine solche zukünftige Grenze, wenn die Palästinenser weiter darauf beharren, eine lebensfähige Grenze ist, wo wir uns auch verteidigen können, wo wir auch etwas Zeit haben, uns vorzubereiten? Die Größe des Staates Israel entspricht etwa der Größe Hessens, 20.000 km². Die Mehrheit der Bevölkerung lebt nicht in der Wüste Negev, die die Hälfte des Staates ausmacht. Die meisten leben in diesem schmalen Raum um Tel Aviv und treffen bereits an die libanesische Grenze. Von Norden nach Süden beträgt die Ausdehnung von Israel 450 km.

Machen Sie sich selber ein Bild über das, was Sie von mir und den anderen hören. Mit der Verfolgung der Berichterstattung in Deutschland kommen Sie ja nicht allzu weit, wo man sich mit 10 Sekunden Berichterstattung eine Meinung bilden soll. Ich habe immer wieder damit zu kämpfen, dass die Dinge nicht immer so sind, wie die Leute sie wahrnehmen durch die Berichterstattung des Fernsehens. Die ist aber der persönliche Eindruck eines Journalisten, der zum Teil oberflächlich ist und versucht, seine Zuschauer und Leser aufzuklären.

Drei wichtige Dinge sind in der letzten Zeit geschehen, die uns allen Anlass zu einer gewissen Hoffnung gegeben haben. Das erste war die Wiederwahl des amerikanischen Präsidenten Bush. Ich weiß, wie die Mehrheit der Deutschen zum Thema Bush steht. Nicht alle haben große Sympathie und Liebe für ihn. Aber die Amerikaner haben ihn gewählt. Es gibt auch manche, die Sharon nicht ausstehen können. Die Mehrheit der Israelis aber glaubte, dass er den Zeitgeist verkörpert und unsere Interessen besser wahrnimmt. Er hat vier Jahre oder auch weniger, um zu beweisen, dass er etwas vorhat, was uns vielleicht ein Stück weiter voran bringt, sowohl im politischen Bereich als auch in der Außenpolitik. Auf jeden Fall hat die Wiederwahl des amerikanischen Präsidenten eine Bedeutung, die man im Zusammenhang mit dem 11. September sehen muss. Der 11. September war für die Amerikaner eine Zäsur. Zum ersten Mal - oder zum zweiten Mal nach einer langen Phase - mussten die Amerikaner erfahren, dass nicht nur die amerikanischen Botschaften weltweit von Terror bedroht sind, sondern, dass der Kontinent selbst bedroht sein kann, dass auch die Amerikaner verwundbar sind. Die

Amerikaner sind zu spät aufgewacht. Denn die Zeichen für das, was am 11. September 2001 auf die Amerikaner zukam, war schon vorherzusehen, und zwar seit Anfang der 90er Jahre. Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Seither war vorhersehen, dass es zu einem asymmetrischen Krieg kommen wird als einer der großen Bedrohungen, von der Sie alle in diesem Jahrhundert noch einiges erleben werden. Als Konsequenz der Bedrohung Amerikas durch den Terrorismus und durch Massenvernichtungswaffen hat der amerikanische Präsident eine operative Agenda entwickelt, die ihn und die Amerikaner zunächst nach Afghanistan und dann nach Irak geführt hat. Ich weiß, was die Deutschen über das Thema Irak zu sagen haben. Es handelt sich um einen Prozess, bei dem die Erfolge nicht von einem Tag zum anderen zu sehen sind. Wir neigen heute dazu, ahistorisch zu denken, alles muss passieren und zu Ende kommen, so lange wir am Leben sind. Aber der Konflikt auf dem Balkan dauert schon tausend Jahre, der Konflikt zwischen Türken und Griechen dauert schon länger als 40 Jahre, der Konflikt zwischen Indien und Pakistan besteht seit den 50er Jahren. Manche historische Prozesse brauchen eine etwas längere Zeit, bevor man zu einem historischen Zwischenergebnis, geschweige denn einem Urteil kommt. Das sage ich im Hinblick auf den Irak. Die Demokratie in Europa entwickelte sich ja auch nicht von einem Tag auf den anderen. Auch die Kirche, Protestanten und Katholiken, hatten große Schwierigkeiten mit der Demokratie. Erst im 20. Jahrhundert kam die katholische Kirche einigermaßen mit dem Verständnis der Demokratie zurecht. Über den Irak kam der amerikanische Präsident dann zu einem anderen Begriff, der als Folge eines Paradigmenwechsels entstanden ist. Diesen Paradigmenwechsel hat Außenministerin Rice vorige Woche noch einmal klar zum Ausdruck gebracht: Bis zum 11. September bauten die Amerikaner, und auch die Europäer, stillschweigend auf den Status quo. Sie glaubten, der Status quo im Nahen Osten diene ihren Interessen. Man hat sich nicht mit der Frage befasst, ob das korrupte saudi-arabische Regime in unserem Interesse ist. Die Saudis haben ölig gelächelt: Wir liefern Öl an Euch, und Ihr Amerikaner und der Westen schaut über unsere Unterstützung für Fundamentalisten usw. hinweg.

Jahrelang wurde der Islam weltweit unterstützt. Während des Kosovo-Krieges war ich unterwegs auf dem Balkan. Ich war zum ersten Mal in meinem Leben in Albanien. In diesem laizistischen Staat und in Tirana, der Hauptstadt, habe ich zahlreiche Moscheen gesehen. Ich fragte meinen Kollegen vom albanischen Außenministerium: ich dachte, dass Albanien nach so vielen Jahren laizistisch ist. Er erzählte mir, dass die Saudis beim Aufbau helfen wollten, aber ihre Vorbedingung sei, dass man ihnen zunächst erlaubt, Moscheen in Albanien zu bauen. Wenn Sie heute Albanien besuchen, sehen Sie zahlreiche Moscheen, die leer sind. Auch in Zentralasien sehen Sie islamische Staaten, die laizistisch und säkular sind, in denen die Saudis zielstrebig alle Fundamentalisten in dieser Gegend ausbilden.

Nach dem 11. September sagten die Amerikaner: der Status quo bringt Terror und Radikalislam, der uns gefährdet. Deshalb wollen wir den Nahen Osten transformieren zu Demokratien, weil logisch ist, dass Demokratien nicht Kriege miteinander führen, sondern versuchen, mit friedlichen Mitteln ihre Interessen auszugleichen. Am Anfang waren die Europäer dagegen. Heute aber gehört auch die Bundesrepublik zu denen, die der Auffassung sind, dass in der Tat aus dieser Region die Gefahr des Terrors durch den radikalen Islam und auch durch nukleare Massenvernichtungswaffen kommt. Dagegen muss man etwas unternehmen. Ich habe große Schwierigkeiten zu glauben, dass diese Region reif zur Demokratie ist. Das wird noch jahrelang dauern. Man sieht Ansätze, z. B. im Libanon, wo die Straße einen Erfolg zu verbuchen hatte. Das Ergebnis, das wir heute haben, ist die Opposition zu Syrien und Libanon. Mit dem Druck der Amerikaner und Franzosen sind die Syrer aus dem Libanon, zumindest offiziell, heraus. Demokratische Wahlen fanden in Libanon statt. Demokratische Wahlen, allerdings nicht wie in Deutschland oder Großbritannien, fanden auch in den palästinensischen Gebieten statt. Im Irak

gibt es auch Ansätze. Gemessen an dem, was Ägypten und Saudi-Arabien haben, ist das ein Erfolg. Dass aber Wahlen alleine noch nicht Demokratie bedeuten, das wissen wir alle. Zusammengefasst also ist der erste Punkt die Wiederwahl des amerikanischen Präsidenten und seine Entschlossenheit, die Region zu transformieren, weil der Status quo nicht mehr im Interesse des Westens ist.

Der zweite Punkt ist der Tod von Arafat. An seiner Stelle trat als neu gewählter Nachfolger Abbas Abu Masen, angetreten mit großer Hoffnung, denn er war schon zu Zeiten von Arafat der Auffassung, dass die Arafat-Strategie der im Jahre 2000 begonnenen so genannten „Zweiten Intifada“ nicht mehr den Interessen des palästinensischen Volkes diene, und deshalb müsse die Intifada aufhören, nicht, weil die Israelis den Palästinensern entgegen kämen, sondern es war für die palästinensische Sache nicht gut sei. Dafür hat Abu Masen schon zu Zeiten Arafats plädiert. Arafats Strategie hatte drei Ziele: Erstens hoffte er mit Terror die israelische Gesellschaft zu zermürben. Dies ist total gescheitert, diese Rechnung ging nicht auf - die israelische Gesellschaft kam aus diesen schrecklichen Jahren geschlossen hervor und war entschlossen, diesen Kampf zu gewinnen. Zweitens hat er gehofft, die arabische Welt für die palästinensische Sache zu mobilisieren. Er hat das Gegenteil erreicht. Seine Taktik war, die Lage soweit eskalieren zu lassen, dass die Situation auch nach Ägypten und Jordanien übergreift und auch dort eine gewisse Instabilität herbeiführt. Wegen dieser Instabilität, so hoffte er, würden die Ägypter und Jordanier Druck auf die Amerikaner und Europäer ausüben, damit diese Druck auf Israel ausüben sollten. Das Gegenteil passierte. Mubarak und der König von Jordanien haben verstanden, dass der Terror eine Gefahr für sie ist und haben versucht, auf Arafat Druck auszuüben, damit er den Terror einstellt.

Drittens hat Arafat gehofft, auch die Amerikaner für seine Sache zu mobilisieren. Auch hier ist er katastrophal gescheitert. Zur Zeit von Präsident Clinton war Arafat ein angesehener Gast im Weißen Haus, öfter als Bundeskanzler Schröder oder andere Verbündete. Präsident Clinton war bereit, nach Gaza zu kommen und auch vor der Palästinensischen Versammlung aufzutreten, um Arafat zu helfen. Arafat hat ihn mehr als einmal belogen, damit war das Vertrauen weg, damit war auch Arafats Hoffnung im Hinblick auf den amerikanischen Druck auf Israel geschwunden. Abu Masen hat das gesehen. Arafat habe das palästinensische Volk keinen Millimeter nach vorn gebracht in der Realisierung der palästinensischen Ziele. Was aber sind die palästinensischen Ziele? Hier liegt der Grund für meine Ansicht, dass wir noch nicht reif sind für eine Lösung. Wir nehmen an, die palästinensischen Ziele sind, wenn alles gesagt und getan ist, das Ende des jüdischen Staates. Deshalb hoffen wir noch immer, mit Abbas Abu Masen jemanden zu haben, der gegen den Terror ist und bereit ist, etwas zu unternehmen. Und hier liegt auch unsere große Enttäuschung. Abu Masen ist eine schwache Figur, leider. Er hat von Anfang an gesagt, dass er nicht vorhat, sich mit den Terrororganisationen intern auseinander zu setzen. Sein verbales Ziel, gegen den Terror vorzugehen, wird in nächster Zeit nicht eintreffen. Wir haben heute eine relative Ruhe. Diese Ruhe ist zunächst darauf zurückzuführen, dass die israelischen Sicherheitskräfte in der Lage sind, dem Terror rechtzeitig zu begegnen, nicht darauf, dass die palästinensischen Behörden unter Abu Masen entschlossen gegen die Struktur des Terrorismus vorgehen. Letzte Woche wurde, das ist in der deutschen Presse kaum erwähnt worden, im Gaza-Streifen eine junge Palästinenserin festgenommen. Sie hatte schwere Verbrennung erlitten und hatte die Genehmigung erhalten, in einem israelischen Krankenhaus in Jerusalem behandelt zu werden. Wir wussten, dass die Hintermänner der Fatah der armen jungen Frau einen Sprengstoffgürtel gegeben hatten. Wir haben die palästinensischen Behörden darüber informiert. Die hat nichts dagegen getan. So wurde diese junge Frau am Übergang von Gaza nach Israel aus dem Verkehr gezogen. Wir haben sie gebeten sich auszuziehen, und in der Tat, sie hatte einen Sprengstoffgürtel, mit dem Ziel, sich im Krankenhaus in Jerusalem in die

Luft zu sprengen. Das war ein Fall, wo wir gehofft hatten, dass die palästinensischen Behörden etwas dagegen unternehmen. Leider gibt es auch Fälle, wo es uns nicht rechtzeitig gelingt. Die „Erfolge“ des Terrors sind anschließend auf dem Friedhof zu besuchen oder für Jahre in Krankenhäusern. Abu Masen hat uns gesagt, dass er nicht gegen die Hamas und den islamischen Dschihad vorgehen werde, er werde versuchen, sie zu kooptieren, aber keine Konfrontation suchen. Die Vorstellungen der Hamas besagen: Am Ende der Islamisierung von Palästina einschließlich Israels ist Israel ein Teil des historischen Palästina, steht die Erföhrung der Scharia, in der die Juden keinen Platz haben. Die Aussichten sind nicht gut. Jeder Tag, der ohne ein Selbstmordattentat vorbei geht, ist ein Glück. Zwischen uns und einem gelungenen Selbstmordattentat ist nicht sehr viel, es ist einfach nur Glücksache, dass wir momentan keine erfolgreiche Mission eines Selbstmordattentäters haben. Deshalb sind wir heute etwas nüchterner bezüglich der Aussichten, mit Abu Masen über das Ende des Konfliktes zu sprechen.

Ich komme zum letzten der Dinge, die sich verändert haben: die Entscheidung des Ministerpräsidenten Scharon, sich einseitig aus Gaza zurückzuziehen. Die Entscheidung fiel zu einem Zeitpunkt, als Arafat noch die Palästinenserbehörde regierte und Scharon und mit ihm die Mehrheit der Israelis der Auffassung waren, dass es nach dem Scheitern von Camp David im September 2000 zu einem Paradigmenwechsel im Konflikt zwischen uns und den Palästinensern gekommen ist. Der Paradigmenwechsel bedeutet, dass wir uns von den Palästinensern trennen müssen. Da es zur Koexistenz, zu Frieden und zu Sicherheit durch Frieden nicht kommen wird, müssen wir uns, um unseren nationalen Interessen Rechnung zu tragen, von den Palästinensern trennen. Deshalb hat Scharon die Entscheidung getroffen, sich aus dem Gaza-Streifen zurückzuziehen. Als Arafat starb und Abu Masen kam, war die Hoffnung, die noch immer besteht, dass es uns mit diesem einseitigen Rückzug, mit dieser strategischen Entscheidung, gelingen wird, mit der Behörde den Rückzug zu koordinieren. Wir sind dabei, den Rückzug mit Hilfe der Amerikaner, der Weltbank, der Europäer zu koordinieren. Ab 15. August werden wir in ein paar Wochen den Gaza-Streifen und vier Siedlungen der Westbank evakuieren. Hoffentlich wird der Rückzug friedlich verlaufen. Denn es liegt im Interesse so mancher, den Rückzug mit Terror zu begleiten, um allen zu beweisen, dass sich Israel nicht aus eigenem Interesse aus dem Gaza-Streifen zurückzieht, sondern durch den Druck des Terrors. Vorhin habe ich über den einseitigen Rückzug des Libanon gesprochen. Der einseitige libanesishe Rückzug hatte sowohl negative Folgen als auch positive Folgen. Es entstand die Wahrnehmung, dass Israel sich am Ende nur mit Druck, nur mit Terror aus Gebieten zurückzieht. Für die Hisbollah, auch für Arafat war es das Modell, wie man Israelis bewegt, Schritte zu unternehmen. So haben wir auch die Befürchtung, dass der Rückzug nicht friedlich verlaufen wird, sondern dass manche uns werden beweisen wollen, dass das nur mit Terror möglich ist. Daran hat Abu Masen kein Interesse, auch nicht die Mehrheit der Palästinenser, aber ein paar Gruppen des islamischen Dschihad haben ein Interesse an Terror. Israel würde heftig zurückschlagen und nicht hinnehmen, dass der Rückzug von Terror begleitet wird. Der einseitige Rückzug ist für die israelische Gesellschaft eine Bewährungsprobe. Manche sind der Auffassung, dass die Entscheidung des Ministerpräsidenten ein katastrophaler langfristiger Fehler ist. In der Basar-Mentalität des Nahen Osten kann man nicht erklären, dass man etwas gibt und nichts dafür bekommt. Einseitige Dinge zu tun, ohne dafür etwas zu bekommen, ist in der Logik der Region nicht vorstellbar. So haben zahlreiche Israelis ehrlich Angst, dass dieser einseitige Rückzug das Modell der Zukunft sein wird. Sobald wir uns aus Gaza zurückgezogen haben, werden die Terrororganisationen mit Raketen und Mörsern in israelischen Siedlungen und auch innerhalb der grünen 67iger-Linie auftreten. Was machen wir dann? Die Entscheidung des Ministerpräsidenten ist mit gewissen Risiken verbunden ist, aber sie ist auch eine moralische Entscheidung, eine Bewährungsprobe. Letzten Endes sind die

Siedler in Gaza seit 37 Jahren. Sie sind dorthin geschickt worden zu einem Zeitpunkt, wo es überhaupt keine Aussicht auf Frieden gab. Denken Sie sich zurück zum Ende der 60iger Jahre. Nach dem Sechs-Tage-Krieg glaubten die Israelis, jetzt, wo sie Territorien besitzen, könnten sie Frieden gegen Territorien austauschen. Da kam die Nachricht aus Khartum von der Arabischen Liga, keine Verhandlungen und keine Anerkennung. Damit war die Sache hinfällig. Nach dieser Weigerung der arabischen Staaten haben wir angefangen mit dem Siedlungsbau. Eine Generation oder zwei sind dort schon aufgewachsen. Der Abzug ist ein schmerzhafter Prozess für die israelische Bevölkerung, wo wir nicht wissen, was am Tag danach geschehen wird. Momentan können wir froh sein, den einseitigen Rückzug friedlich durchführen zu können. Über den Tag danach und von der Beilegung des Konfliktes sind wir noch weit entfernt. Wir müssen uns auf ein langfristiges Zwischenabkommen einstellen. Ich schließe nicht aus - und das wird auch in Israel diskutiert -, dass wir weitere einseitige Schritte unternehmen werden. Denn einer der großen Unterschiede zwischen der israelischen und der palästinensischen Bevölkerung ist, dass die überwältigende Mehrheit der Israelis sich damit abgefunden hat, dass es am Ende zur Entstehung eines palästinensischen Staates kommt und dass wir uns auf Territorien zurückziehen werden. Die Idee von einem Groß-Israel wird heute nur von einer winzigen radikalen Minderheit getragen. Die Israelis fragen sich nur, wenn wir schon heute wissen, was am Ende entstehen wird, warum können wir uns nicht das Blutvergießen ersparen? Ob die Kompromissbereitschaft auch bei den Palästinensern angekommen ist oder bei den Terrororganisationen, daran habe ich Zweifel, auch daran, ob Abu Masen sich am Ende durchsetzen wird.

Diskussion

Frage

Ich würde gern an den Schlussteil Ihrer Ausführungen anknüpfen. Sie haben auf die menschliche Seite des Rückzugs der Siedler aus dem Gaza-Streifen hingewiesen, der Menschen, die dort gewohnt haben und groß geworden sind. Können Sie uns noch für unsere Einschätzung der Situation sagen, wie die Größenordnung ist? Von wie vielen Familien und Häusern spricht man, wie viele der Familien leben dort seit 25 bis 30 Jahren, und wie viele seit 8 bis 10 Jahren?

Shimon Stein

Die soziodemografische Zusammensetzung der Bevölkerung dort kenne ich nicht gut genug, um Ihnen Genaueres sagen zu können. Es handelt sich aber auf jeden Fall um über 8000 Siedler mit Familie. Nicht alle sind dort seit 1967/68, manche sind später hinzugekommen. Aber es ist eine durchschnittlich junge Bevölkerung, die zum großen Teil streng religiös ist, Familien mit zahlreichen Kindern, mehr Kindern, als die durchschnittliche israelische Familie hat. In Durchschnitt gibt es in Israel 2,2 Kinder pro Familie, dort sind es etwas mehr. Zum Teil sind sie Landwirte, zum Teil sind sie auch Pendler, die jeden Tag zwischen dem Gaza-Streifen und innerhalb der 67er-Linie arbeiten. Zum Teil gibt es dort auch religiöse Schulen. Ein großer Teil ist bereit, auf die Bedingungen und die Anreize, die die israelische Regierung anbietet, einzugehen und sich stillschweigend ein anderes Haus oder ein anderes Dorf in der unmittelbaren Nähe zu suchen. Das ist ein Unterfangen, das der israelischen Wirtschaft und uns allen etwa zwei Milliarden Euro kosten wird. Die große Mehrheit wird bereit sein, sich friedlich zu verabschieden. Momentan haben wir es mit einem Kern von ideologisch motivierten

Siedlern zu tun, die heute so tun, als ob sie nicht bereit wären, sich stillschweigend zurückzuziehen, deshalb habe ich von einer Bewährungsprobe der israelischen Gesellschaft gesprochen. Im Fernsehen konnte man riesige Demonstrationen in Jerusalem und anderswo sehen, die die Straßen zu sperren versuchten. Die Meinungsumfragen in Israel, die Ende jeder Woche stattfinden, zeigen, dass die große Mehrheit der Israelis hinter dieser Entscheidung steht. Aber diese Mehrheit ist eine passive Mehrheit, die am Wochenende zu Hause bei Kaffee und Kuchen den Ministerpräsidenten unterstützen, aber nicht bereit sind, auf die Straße zu gehen, um für seine Politik eine Aussage zu machen. So bleiben nur diejenigen, die glauben, etwas zu verlieren zu haben. Und die Minderheit, die ideologisch motiviert ist, ist auch in der Lage, ihre Klientel zu mobilisieren. Es reicht in einem kleinen Land wie Israel, 100.000 Menschen das Land zu nehmen. Mit dieser Auseinandersetzung wollen die Siedler nicht nur in Gaza, sondern auch auf der Westbank, dem Ministerpräsidenten zeigen, dass sie genau wissen, wohin es geht. Denn während zahlreiche Europäer und Palästinenser skeptisch über die Zukunft sind, haben diese Siedler Angst, für sie gilt: *Gaza first and Gaza last*. Sie wollen signalisieren, dass, wenn sie auch heute bereit wären, sich damit abzufinden, dann würde für sie eigentlich erst jetzt der Kampf beginnen. Wenn der Ministerpräsident ankündigt, so wollen sie signalisieren, auch in der Zukunft einseitige Schritte zu unternehmen, dann wird der Gaza-Streifen ein Nachmittagsspaziergang für ihn sein verglichen mit den Maßnahmen, die sie treffen werden, wenn sich der Prozess weiter einseitig fortsetzt. Für die israelische Gesellschaft ist das ein traumatisches Erlebnis, das in Europa völlig unterschätzt wird. Deshalb ist das eine Bewährungsprobe für die israelische Demokratie, und ich hoffe, dass die israelische Demokratie dieser Bewährungsprobe, dieser Herausforderung auch gerecht wird.

Frage

Sie haben Ihrer Enttäuschung über Abu Masen Ausdruck gegeben, den Sie für einen schwachen Politiker halten. Ich provoziere ein bisschen: Kann es denn überhaupt einen palästinensischen Ministerpräsidenten geben, der dieses so heterogene, von Terrorgruppen so durchfurchte Volk eint und im israelischen Sinne vom Krieg zum Frieden führt? Schwebt Ihnen da vielleicht eine Figur vor? Oder ein Politiker, den Sie vielleicht lieber hätten?

Shimon Stein

Ich habe keine Illusionen, dass Abu Masen eine leichte Aufgabe hat. Aber das ist nicht erst seit heute bekannt. Ich glaube, dass es in der Bundesrepublik schwierig ist, dies verständlich zu machen. Denn einer der Tugenden der deutschen Gesellschaft ist, dass sie eine Konsensgesellschaft ist. Sie versuchen hier, alles per Konsens zu regeln. Ob man so die notwendige Umstrukturierung des Landes erreichen wird ... – aber ich bin nur Beobachter. Frieden spaltet, Krieg eint, so einfach ist das. Im Frieden glauben manche, etwas zu verlieren. Die israelische Gesellschaft war polarisiert. Der Frieden hat dazu geführt, dass es innerhalb der israelischen Gesellschaft zu demokratischen Auseinandersetzungen kam. Wer glaubt, dass man die Terrororganisationen bzw. die Organisationen, die keine politische, sondern eine Lösung mit Terror anstreben, wer also glaubt, dass man die kooptieren kann, wer hofft, eines Tages diese Organisationen, in deren Weltanschauung wir keinen Platz haben, für seine Sache zu gewinnen, der setzt seine Hoffnung auf eine Illusion. Auch die USA und die Bundesrepublik sagen, dass die Reformen, die man von ihnen verlangt, am Ende in ihrem eigenen Interesse sind. Was für ein Staat wird am Ende entstehen? Ein Staat, der heute bewaffnete terroristische Milizen hat, die ihre eigenen Ziele verfolgen. Man stelle sich vor, dass die CDU/CSU in Deutschland eine eigene Armee hat, und wenn die Sache mal nicht in ihrem Interesse abläuft,

dann droht sie damit. So ist die Hamas. Sie hat heute neben dem politischen Teil auch eine Terrorstruktur, und das will sie nicht auflösen. Auch die Hisbollah im Libanon besitzt einen militärischen und einen politischen Teil. Wenn denen etwas nicht gefällt, dann greifen sie zur Waffe. Wenn ein Staat friedlich neben uns koexistieren soll, dann kann das kein Failed State sein, sondern wir wollen einen Staat haben, in dem es Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit gibt, wo die Miliz nicht für sich entscheidet, wann sie zur Waffe greifen will und wann nicht. Diese Dinge sind elementar. Aber wenn die Entwicklung so weitergeht, dann, fürchte ich, wird ein palästinensischer Staat entstehen, der korrupt ist, wo es keine Gesetze gibt, wo Waffen legitimieren. Deshalb sage ich, wir haben Geduld, vorausgesetzt, dass Abu Masen bereit ist, diese innere Auseinandersetzung zu führen. Wir verlangen nicht 100% Erfolg von ihm, sondern wir wollen 100% Anstrengung. Denn wir geben uns keinen Illusionen hin, dass der Terror beseitigt wird. Der Terror wird uns begleiten, das wird der Stand des Lebens im 21. Jahrhundert sein. Aber es kommt auf die Entschlossenheit und die Bereitschaft an, hier etwas zu unternehmen. Abu Masen ist aber eben nicht bereit dazu; er hat uns das selbst gesagt. Soll also die israelische Bevölkerung das Risiko eingehen, dass ein palästinensischer Staat entsteht, in dem die Hamas weiter ihre militärische Infrastruktur erhalten kann, ebenso der islamische Dschihad. Warum sollen die Israelis ein zusätzliches Risiko eingehen, zu den Risiken, die sich aus der Unsicherheit ergeben, was die Palästinenser letztendlich wollen? Man weiß eben nicht, was sie wollen. Nur einen Staat auf der Westbank und Gaza? Bis heute haben wir keine klare Aussage dazu. Zum Paradigmenwechsel infolge des Scheiterns von Camp David im September 2000: Wir hatten gehofft, dass mit unserem Angebot, das 67er-Problem zu beseitigen, damit auch das 48er-Problem beseitigen würden. Wir hofften, dass wir mit unserem Rückzug aus Gaza und der Westbank und der Teilung von Jerusalem die Ursachen für den Konflikt beseitigen, die legitimen Rechte der Palästinenser anerkennen und damit das Problem lösen würden. Dabei ist uns klar geworden, dass es sich bei den Palästinensern nicht um die 67er-Frage handelt, sondern um die 48er-Frage handelt, um die Entstehung des Staates Israel. Deshalb sage ich, einen Kompromiss zur 67er-Frage geben wir, wenn wir die Anerkennung für 48 erhalten, also der Legitimität eines jüdischen Staates. Diese Anerkennung haben wir bis heute von der arabischen Welt insgesamt nicht erhalten. Aber solange diese Gefährdung über uns schwebt, gibt es auch die Besatzung, denn die Besatzung ist die Folge der Gefährdung. Der Krieg von 1967 ist eben nicht mit der Besetzung entstanden, sondern wir waren gefährdet und wir haben uns verteidigt. Das Resultat der Verteidigung war, dass wir in Gaza und die Westbank eingedrungen sind. Die existenziellen Gefahren der Israelis durch die Beseitigung der Besatzung werden sich verstärken mit der weltweit vertretenen Aufforderung, dass sich Israel aus allen Gebieten zurückziehen solle. So steht es in der Resolution des Weltsicherheitsrats. Ist dabei jemand auf die bedrohte Existenz der Israelis eingegangen? Da gibt es eine gewisse Asymmetrie. Wir müssen uns zurückziehen, damit werden wir auch die Ursachen des Konfliktes beseitigen. Deshalb betonen wir, dass die Gründe, die dazu geführt haben, dass wir noch dort sind, auch mit der existentiellen Bedrohung der Israelis dort zu tun haben. Deshalb muss man gleichzeitig die Frage der Zukunft der Gebiete mit der existentiellen Frage der Israelis zusammen sehen.

Frage

Herr Botschafter, dass Sie als Vertreter der israelischen Regierung die Interessen des Staates Israel hier offensiv vertreten, ist nachvollziehbar. Und weil Sie das in so offener, sympathischer Weise tun, muss es erlaubt sein, auch in drei Punkten eine andere Auffassung zu äußern.

Erstens: Die Politik Scharons in Sachen Gaza ist meines Erachtens anders, als Sie sie darstellen, nämlich als einen einseitigen Akt. Sie selbst haben von einer gewissen Basar-Mentalität im

Nahen Osten gesprochen. Natürlich hat auch Israel ganz massive Vorteile von einem solchen Rückzug, die nach meiner Auffassung darin bestehen, den Druck, der im Gaza-Streifen bei den katastrophalen Verhältnissen, die in den Flüchtlingslagern herrschen, zu verringern.

Zweitens: Sie haben meines Erachtens unterschlagen, dass die Intifada II Israel wirtschaftlich in solche Schwierigkeiten gestürzt hat, dass ein Ursachenzusammenhang zwischen dieser Intifada und der neuen Politik, die Sie Paradigmenwechsel nennen, besteht. Dass die Israelis im gegenwärtigen amerikanischen Präsidenten ihren Freund sehen, ist für mich leicht erklärbar. Immerhin ist er von der großen jüdischen Diaspora in den Vereinigten Staaten mit gewählt worden.

Der dritte Punkt, den ich ansprechen wollte: Sie haben anklingen lassen, dass das alte Konzept der Road Map in den Köpfen der israelischen Politiker offenbar noch nicht ganz aufgegeben ist. Sie müssten sich daher bitte auch noch einmal darüber äußern, wie es in der Westbank weitergehen soll. Die Siedlungspolitik wird doch latent weiterbetrieben. Es ist doch nicht so, dass die Räumung des Gaza-Streifens und die Räumung von vier Siedlungen in der Westbank das Ende der Siedlungspolitik Israels ist. Und vielleicht können Sie freundlicherweise noch eine Bemerkung zum Sperrwall machen. Der Internationale Gerichtshof in Den Haag hat 2004 die Auffassung geäußert, dass dieser Sperrwall mit der Genfer Konvention nicht vereinbar sei. Der Israelische Gerichtshof hat dieser Auffassung Recht gegeben. Ariel Scharon hat gesagt, das interessiere ihn nicht. Die Frage ist, wie lange steht er diese Auffassung durch?

Shimon Stein

Das alleine würde für einen Vortrag reichen. Ich kann nur kurz darauf eingehen.

Ich verstehe, dass Scharon für viele ein Reizwort ist. Was ich in dieser Hinsicht in meinen vier Jahren hier erlebt habe, hat mich oft zur Verzweiflung gebracht. Kaum wurde der Name Scharon erwähnt, so haben wir den Boden der sachlichen Diskussion zugunsten einer emotionalen Auseinandersetzung verlassen, die ja gar nicht mehr mit seiner Politik, sondern mit der Wahrnehmung der Person, mit seiner Geschichte zu tun hat. Ich habe dann oft auch die Deutschen provoziert, indem ich Außenminister Fischer und Scharon verglichen habe. Auch Außenminister Fischer hat eine Biografie, die in Deutschland umstritten ist. Und er war bis zur Visa-Affäre ein populärer Außenminister. Die Mehrheit der Deutschen war bereit, ihn als Außenminister an seinen Leistungen zu messen und nicht an seiner umstrittenen Vergangenheit als Sponti in Frankfurt, man hat sich sachlich mit seiner Leistung als Außenminister auseinandergesetzt. Ich bitte Sie, sich genauso nicht mit der umstrittenen Biografie des Ministerpräsidenten Scharon, zu der er steht, zu befassen, sondern sich mit seiner Leistung als Ministerpräsident auseinanderzusetzen. Wenn Sie das sachlich und nicht emotional tun, werden Sie zu einer differenzierten Haltung kommen.

Ich habe vorher über den einseitigen Rückzug gesprochen und von den radikalen, ideologisch geprägten Siedlern. Ich habe nicht erzählt, dass dieser Ministerpräsident heute innerhalb seiner Partei, von der er noch einmal aufgestellt sein möchte, keine Mehrheit mehr hat. Sein Weggefährten und seine ideologischen Freunde werfen ihm Verrat vor: ein Ministerpräsident, der sich mit der Siedlungsbewegung identifizierte und heute bereit ist, seine Arbeit und seine Vision aufzugeben. Manche, auch in Europa, haben heute eine andere Einschätzung des Politikers und Ministerpräsidenten Ariel Scharon. Das hat gar nichts mit seiner Biografie zu tun, zu der man stehen kann, wie man will. Aber am Ende ist es zu früh für mich zu beurteilen, ob er eine historische Figur sein wird. Er erhält heute in Israel zahlreiche Morddrohungen. Er hat etwas auf sich genommen, wofür er, Gott behüte, auch mit seinem Leben bezahlen kann.

Deshalb bitte etwas mehr Sachlichkeit und die Bereitschaft, sich sachlich mit seinen Leistungen als Ministerpräsident auseinanderzusetzen!

Der Rückzug aus Gaza ist einseitig und hat gar nichts oder nicht nur mit Sharon zu tun. Ich möchte noch einmal in Erinnerung rufen, dass der israelisch-palästinensische Konflikt nicht mit Sharon angefangen hat. Möglicherweise wird er auch nicht unter Sharon beendet werden. Sharon ist ja übrigens nicht gewählt worden, sondern Ministerpräsident Barak ist abgewählt worden. Nach ihm wird es auch lange dauern, bis jemand bereit wäre, ein solches Angebot zu unterbreiten. Israel war nicht bereit, nach einem solchen Angebot noch weiteren Terror in Kauf zu nehmen, deshalb wurde Barak abgewählt. Niemand wäre auf die Idee gekommen, auch Sharon nicht, dass er eines Tages Ministerpräsident Israels werden würde. Aber das war die Folge des Scheiterns von Barak. Man sollte nicht so tun, als ob man Sharon alles vorwerfen kann, und alles vor ihm war gut. Das ist überhaupt nicht der Fall. Denken Sie an den Rückzug nach dem Scheitern von Camp David und die Einsicht, dass wir in unserem Nationalinteresse handeln müssen, solange wir keinen Partner haben. Der Rückzug fiel in die Zeit von Arafat. Ich habe vorhin von der passiven israelischen Mehrheit gesprochen. Zu Zeiten von Rabin, Ende der 90er Jahre, als wir noch glaubten, mit Arafat einen Partner auf dem Weg zur Beilegung des Konfliktes zu haben, waren über 500.000 Israelis bereit, auf die Straße zu gehen, um für diesen Frieden zu kämpfen. Nach dem Scheitern von Camp David herrschte bei der Friedensbewegung und den Linken eine tiefe Enttäuschung. Die Friedensbewegung in Israel ist nach dem Scheitern von Camp David zusammengebrochen. Die guten Freunde von Arafat sind fortgelaufen, er hatte in Israel schließlich niemanden mehr auf der friedlichen Seite des Spektrums, der bereit war, weiter mit ihm zu arbeiten. Insofern gibt es auch eine Vorgeschichte. Ursache und Wirkung sind in der Geschichte wichtig, in unserem Fall genauso wie in anderen Fällen. Deshalb sollte israelisches Interesse nicht einseitig aufgegeben werden, was zahlreiche Nachteile hat, aber für uns auch eine Entlastung im Hinblick auf die Absicherung einer jüdischen Zukunft bedeuten kann. Denn wir haben ein Projekt, nämlich den demokratischen Staat Israel mit einem jüdischen Charakter zu füllen. Das ist eine große Herausforderung für den Staat Israel. Wir werden auch intern weiter darüber zu diskutieren haben. Demokratisch und jüdisch, das ist nur möglich mit einer jüdischen Mehrheit.

Zur israelischen Wirtschaft. Hier habe ich für Sie noch ein Geheimnis: Während Deutschland zurzeit mitten in einer Krise steckt, hat die israelische Wirtschaft im letzten Jahr einen Zuwachs von 4,4% gehabt. Sogar in dieser Lage. Und unter der Intifada haben nur zwei Zweige der Wirtschaft gelitten. Erstens der Tourismus, und zweitens die Landwirtschaft. Aber für die Landwirtschaft haben wir jetzt anstelle der palästinensischen Kräfte eine Lösung gefunden. Das sind Kräfte aus Thailand, China, Rumänien und Osteuropa, mittlerweile sogar viel zu viele für so ein kleines Land. Wir haben etwas über 400.000 „Gastarbeiter“. Die israelische Wirtschaft als Ganzes hat unter der Intifada nicht massiv gelitten. Wir haben eine Hightech-Wirtschaft. Zu Zeiten der Intifada ging es uns allen gut, immerhin haben wir ein Bruttoinlandsprodukt pro Kopf von 17.000 Dollar, mehr als manche europäischen Staaten, die heute friedlich und ohne Probleme leben, wie Griechenland, Portugal, Spanien, nicht zu reden von den neuen EU-Ländern. Weil unsere Wirtschaft stark von Hightech geprägt ist, haben wir Probleme, wenn es auf diesem Gebiet Einbrüche gibt, etwa in den USA. In den letzten Jahren war die israelische Wirtschaft massiv davon betroffen. Jetzt, wo es den Anschein hat, dass es besser geht, da haben wir – wie im letzten Jahr - 4,4% Wachstum. Mehr als irgendein anderes kleines Land. Darauf bin ich stolz.

In Ihrer Aussage zu Bush und den Juden habe ich etwas anklingen hören, was, offen gesagt, nicht in eine Kirche gehört. Sie sprechen von den amerikanischen Juden, die Bush gewählt hätten. Wenn Sie der Sache nachgehen würden, dann könnten Sie feststellen, dass trotz der pro-

israelischen Haltung von Bush die Mehrheit ihn weiter mit Skepsis beobachtet. Darüber hinaus ist die Zahl der Juden ein Bruchteil der amerikanischen Bevölkerung, auch wenn sie sehr erfolgreich sind - und ich freue mich, dass sie so erfolgreich sind, überall wo sie leben. Es wäre sehr gut im Sinne der gemeinsamen Sache, Intoleranz und Vorurteile gegen die Juden und über deren Einfluss auf die amerikanische Politik auszuklammern. Das hört sich in einer Kirche nicht gut an. Das hört sich nach jüdischer Verschwörung an.

Da ist noch etwas, was man aufklären sollte. Bush war der erste amerikanische Präsident, der sich - im Juni 2002 - für eine Zweistaatenlösung als Teil der amerikanischen Politik ausgesprochen hat. Clinton hat das nie getan. Und bis heute steht Bush zu seiner Vision. Übrigens steht auch Israel zu dieser Vision, Scharon hat sie in seine Politik einbezogen.

Zur Road Map: Wir stehen dazu, und zwar zur Road Map, wie sie vorgesehen ist. Wir hoffen, dass wir mit dem einseitigen Rückzug aus Gaza, der ja kein Teil der Road Map ist, die Rahmenbedingungen schaffen werden, dass die beiden Parteien anfangen können, über die Implementierung der drei Phasen der Road Map zu sprechen - und über die Entstehung eines Staates. Die Palästinenser haben damit schon heute Schwierigkeiten. Sie sagen uns, dass sie nicht bereit sind, die Road Map zu implementieren. Denn in der zweiten Phase wird zunächst ein provisorischer Staat entstehen. Über die endgültige Grenze und den Endstatus werden wir erst in der dritten und letzten Phase sprechen. Das ist ein gradueller Prozess. Abu Masen will von der ersten Phase direkt zu der dritten Phase gehen, denn er hat Angst, dass die Situation sonst jahrelang provisorisch bleiben würde. Aber wir stehen zur Road Map, so wie sie die Phasen vorsieht. Wir haben Pflichten, die wir bis zum letzten erfüllen werden, sonst bekommen wir Schwierigkeiten mit den Amerikanern, den Europäern und mit der Staatengemeinschaft. Aber die Palästinenser sind nur bereit, über den Endstatus zu sprechen. Die Israelis werden von Phase A zu B zu C gehen, und den Weg von A zu B erst dann, wenn die Palästinenser ihre Verpflichtungen bis zum letzten Punkt erfüllen. Mit uns wird es nach dem Scheitern von Camp David im Hinblick auf die Forderungen der Geschichte keinen Kompromiss mehr geben.

Was Ihre Ausführungen zum Sperrwall und zur Auffassung des Internationalen Gerichtshofs hierzu betrifft, so gibt es offenbar auch hier einen gewissen Informations-Nachholbedarf. Der israelische Oberste Gerichtshof hat sich eben nicht mit dem Den Haager Gutachten einverstanden erklärt. Die israelische Regierung folgt der Entscheidung des israelischen Obersten Gerichtshofs nach dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit, nämlich in Abwägung von humanitären und Sicherheits-Überlegungen. In Deutschland darüber zu sprechen, ist ganz schwierig, denn sofort spricht man über die Berliner Mauer, und damit ist die Diskussion zu Ende. Aber ich sage noch einmal, wenn man Ursache und Wirkung nicht im Auge behält, dann verliert man die Perspektive. Während der 90er Jahre hatten wir mit Terroranschlägen zu tun wie auch im Jahre 2000, zum Beispiel, 1996, zahlreiche Bombenattentate in allen Kaffeehäusern von Tel Aviv. Niemand kam während der 90er Jahre - als wir glaubten, dass wir uns dem Ende des Konfliktes nähern - auf die Idee, einen Zaun oder eine Mauer zu bauen. Denn das Konzept war ein gemeinsames Leben in Koexistenz. Wir glaubten, mit Frieden auch Sicherheit zu bekommen. Erst nach der Scheitern von Camp David wurde uns klar, dass dieses Konzept nicht aufgeht. Heute haben wir ein umgekehrtes Konzept. Zunächst wollen wir Sicherheit, mit der Hoffnung, dass wir durch die Sicherheit auch Frieden bekommen. Hier fand ein Paradigmenwechsel statt, das muss man zur Kenntnis nehmen. Die Sache mit der Mauer ist kein Nachmittagsspaziergang, aber die Beweise sind ganz eindeutig. Vielleicht nicht so leicht zu sehen für Sie in Erfurt, wo Sie friedlich Kaffeehäuser besuchen können, ohne die Gefahr, dass jemand mit einem Sprengstoffgürtel kommt. Der Terror ist durch den Zaun bzw. die Mauer dramatisch zurückgegangen. Die Funktion des Zaunes ist Trennung, in Rücksicht auf unsere Sicherheit. Das Recht auf Leben hat Vorrang vor der Qualität des Lebens. In der Tat, der Zaun

beeinträchtigt die Lebensqualität. Aber der Zaun ist provisorisch, er ist nicht die politische Grenze. Wenn die Zeit kommt, werden wir auch über politische Grenzen sprechen. Wir wissen aber nicht, wann sie kommt.

Leseempfehlung:

Alan M. Dershowitz, Plädoyer für Israel, Hamburg/Leipzig/Wien (Europa-Verlag), 2005.